Alles zum Wohl der Kinder, doch Politik steht sich manchmal selbst im Weg

„Kein Kind zurücklassen!“ Diese Forderung konnte wirklich jeder Teilnehmer der Informationsveranstaltung des SPD-Stadtverbands am Montagabend unterschreiben. Die Diskussion mit NRW-Familienministerin Ute Schäfer sowie den Dezernenten Norbert Hahn (Kreis Unna) und Bernd Wenske (Stadt Bergkamen) zeigte aber auch, dass sich Politik manchmal selbst im Weg stehen kann.

„Vorbeugen ist besser als heilen“, diese Volksweisheit hat sich inzwischen bei allen herumgesprochen, die Verantwortung für Kinder und Jugendliche tragen. In der Expertensprache heißt dies „Prävention“, und die forderten Norbert Hahn und Bernd Wenske als Pflichtaufgabe für alle Kommunen ein.

Vom Kreis Unna gibt es da aktuelle und besorgniserregende Zahl aus der jüngsten Schuleingangsuntersuchung: 9,7 Prozent aller 3252 untersuchten Kinder warten übergewichtig und jedes 10. Kind hatte behandlungsbedürftige grobmotorische Störungen. Hinzu kämen, so Hahne, steigende Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung und erhebliche Bildungsprobleme. Und wer glaubt, dies betreffe nur Jungen und Mädchen aus Migrantenfamilien, irrt gewaltig.

Natürlich sehen sich die Stadt Bergkamen und der Kreis Unna in die Pflicht genommen, wenn es gilt, diesen und anderen negativen Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen

entgegenzuwirken. Nachträglich etwas zu tun, bringt oft wenig und wird letztlich teurer.

Doch als der Begriff „Pflichtaufgabe“ fiel, zuckte Familienministerin Ute Schäfer nach eigenem Bekunden merklich zusammen. Denn sobald das Land den Städten und Gemeinde eine Pflichtaufgabe aufbürde, müsse es auch die finanziellen Folgen tragen, erklärte sie. Ähnlich sieht es nach ihren Erklärungen auch aus, wenn Nordrhein-Westfalen wieder zu einheitlichen Kindergartenbeiträgen zurückkehren wollte. Dass im Bereich der Vorschulerziehung noch viel mehr zu tun sei, betonten in der anschließenden Diskussion die Vertreterinnen von Kitas und Familienzentren.

„Alles zum Wohl unserer Kinder!?“ lautete der Titel der SPD-Veranstaltung im Treffpunkt. Damit hier mehr getan werden kann, benötigen die Einrichtungen mehr Geld und mehr Personal. Dies finanziell allein zu stemmen, sei das Land nicht in der Lage, betonte Ute Schäfer. Deshalb schaut sie genau auf die zurzeit laufenden Sondierungsgespräche in Berlin für eine neue Bundesregierung. Der Bund müsse ich hier stärker engagieren, forderte die Familienministerin. Widersprechen wollte am Montagabend niemand.